

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 201

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: Million Mark freibleibend.
— Einzelnummer 150 000 Mark. —

Halver
Freitag, den 12. Oktober 1923

— Anzeigenpreis nach Grundpreisen und Schlüsselzahl. —
Anzeigenpreis pro mm 40 Mk. Anzeigen für Behörden, Finanz-
angelegenheiten und ausserordentliche Anzeigen 60 Mk.; Reklamen 100 Mk.
— Schlüsselzahl 3. St. 100 000.
Grundpreis mal Schlüsselzahl ergibt den Meterpreis.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Dem Vernehmen nach soll dem Reiche ein ausländischer Kredit bewilligt sein, der zwar nicht allzu hoch sein soll, aber doch Hoffnung auf steigende Kreditfähigkeit rechtfertigt.

* Die Sozialdemokratische Partei erklärt einen Aufruf an ihre Anhänger, in dem sie diesen Geschlossenheit anempfiehlt, da jetzt vielleicht die schwersten jemals dagewesenen Kämpfe bevorstünden.

* Der deutsche Geschäftsträger in Paris übermittelte dem Ministerpräsidenten Poincaré die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Aufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet und den Wiederbeginn der Kohlenlieferungen zu veranlassen.

* Der Arbeiter Heinrich Sellwig in Dortmund wurde von einem französischen Posten niedergeschossen.

* In einer halbamtlichen Veröffentlichung läßt der französische Ministerpräsident erklären, über die Arbeits- und Lieferungsfrage mit den Western nur mit Unternehmern und Arbeitern, nicht mit der Regierung unterhandeln zu wollen.

Arbeitsaufbau.

Aber die in den letzten Tagen vor sich gehenden Verhandlungen verschiedener Art über die Aufnahme der Arbeit im Westen wird uns von eingeweihter Seite geschwiegen:

„Bei dem völligen Verfall der Währung muß das Volk verhungern“ — diese Worte des Grafen Westarp in der Montagssitzung des Reichstags sagte fast wörtlich vor einigen Wochen Dr. Helfferich in seinem währungspolitischen Reformprogramm als Schlussfolgerung. Reichskanzler Dr. Stresemann drückte demgegenüber das Verlangen aus, daß das deutsche Volk sich mit Papiergeld begnügen läßt, denn sonst haben wir das Chaos morgen. Wie die Dinge sich nun einmal entwickelt haben, ist das Papiergeld als Zahlungsmittel fast unbrauchbar geworden. Der Leistung, also der gelieferten Ware, entspricht schon morgen und übermorgen, wenn die Zahlung erfolgt, die Gegenleistung, also das Papiergeld, nicht mehr. Und der Reichskanzler hat hinzufügen müssen, daß er volles Verständnis dafür habe, wenn die Landwirtschaft Gewichte auf ein wertbeständiges Zahlungsmittel legt, weil sie nur einmal im Jahre ihre Produkte umschlägt. Das heißt eben nichts anderes, als daß die Leistung auf lange Dauer hin ihren Ausgleich in der Gegenleistung finden muß. Bei Zahlung mit Papiergeld wird aber der Landwirt die Leistung nicht vollziehen, also Getreide nicht liefern, wenn nicht in allerhöchster Frist das wertbeständige Zahlungsmittel in irgendeiner Form eingeführt wird. Der reine Tauschhandel, wie er jetzt vielfach auch in Deutschland schon auf dem Gebiete der Landwirtschaft, allerdings unter Zuhilfenahme der Währungsnotierungen, vollzogen wird, ist ein volkswirtschaftlicher Rückschritt schlimmster Art.

Ist also eine Reform der Währungspolitik die Voraussetzung für jede Ernährungspolitik, so ist für eine vernünftige Währungspolitik die Voraussetzung wieder eine Reform unserer Wirtschaftspolitik. Der Kreis der Ruhrindustriellen ist soeben mit seinem besonderen Programm an die Öffentlichkeit getreten. In einem Briefe an das ihm nahestehende Blatt, die Deutsche Allgemeine Zeitung, teilt Stinnes die Ansichten und Entschlüsse mit, die auf einer Industriellenversammlung in Unna entwickelt worden sind. Man ging davon aus, daß die deutsche Wirtschaft, deren Preise weit über die Weltmarktpreise gestiegen waren, nur dadurch wieder konkurrenzfähig gemacht werden könne, daß zunächst einmal auf einen Absatz der Kohlenpreise hingearbeitet werden müsse. Die deutsche Kohle kostet 38 Goldmark, während der Preis der englischen Kohle, frei Hamburg, 22 Goldmark beträgt. Der deutsche Preis ist aber schon dadurch überholt, daß soeben eine 75 prozentige Lohnerhöhung eingetreten ist, so daß „die deutsche kohlenverbrauchende Industrie Deutschlands bei den dadurch bedingten Kohlenpreisen zum Erliegen kommen muß“, wie Stinnes ausführt. Die Zeichen des unbefestigten Gebietes haben die Bezahlung der höheren Löhne abgelehnt, die Zeichen des befestigten Gebietes wollen sie bis zum 7. Oktober zahlen, — wozu wieder Millionenausflüsse des Reiches verlangt werden.

Am Kohlenpreis haben die Herstellungskosten, Arbeitslöhne, Materialpreise, Abschreibungen, Steuern usw. nach Angabe der Industrie einen Anteil von 98 %. Sie fordern eine Erhöhung der Produktion unter Beibehaltung der jetzigen Kosten. Daraus folgt sich die Forderung der Industriellen auf Wiederherstellung der Arbeitszeit auf den Stand von 1914, also auf acht Stunden ausschließlich Ein- und Ausfahrt; der Bergbau soll wieder das Einundeinhalbfache der jetzigen Leistung erreichen. Verlangt sei mit der Verlängerung der Arbeitszeit der Kohlenpreis um 6 Goldmark pro Tonne herabzusetzen, um dann, wenn die Belegschaften sich an die neuen Verhältnisse gewöhnt haben, und die Materialpreise entsprechend gesunken sind, die Kohlenpreise mit allen Mitteln dem Weltmarktpreis anzugleichen. Dadurch werde die deutsche Industrie wieder konkurrenzfähig.

Die Industriellen haben der Regierung eine Reihe von Forderungen übermitteln, die neben dem Ersatz der im Ruhrgebiet beschlagnahmten Kohle, der Befestigung der Kohlensteuer für das Ruhrgebiet, die Verlängerung der Arbeitszeit auf acht Stunden unter Tag und zehn Stunden über Tag verlangen, sowie die Ermächtigung erbitten, die Verhandlungen mit dem französischen General Degoutte weiterzuführen und von sich aus laufende Fragen mit den Befehlshabern zu regeln. Gleichzeitig haben die Beiderverwaltungen durch Anschlag verkündet, daß sie die Schlichtzeit der Vorkriegszeit wieder einführen wollen. Während der Kreis um Stinnes mit der Reichsregierung in Verbindung stehen soll, hat der sogenannte Otto-Wolff-Konzern, dem vor allem die Grube Phönix gehört und dem besonders intime Auslandsbeziehungen, namentlich mit französisch-belgischen In-

dustriellen nachgesagt werden, ein Sonderabkommen mit Degoutte abgeschlossen. Es heißt, davon sei die Regierung nicht benachrichtigt worden. Nach dem Abkommen bezahle die Grube Phönix zunächst einmal die Kohlensteuer an Frankreich und liefere dorthin eine bestimmte Menge Kohle. Außerdem beliebere sie auch die französischen Befehlshaber und die Eisenbahnregie. Als französische Gegenleistung erhalte sie die Berechtigung, Kohlen in das unbefestigte Gebiet und in das Ausland auszuführen auf Grund von Erlaubnisscheinen, die von der französischen Kohlenkommission ausgestellt werden. Das alles soll geschehen sein ohne Rücksichtnahme auf die Stellung Deutschlands in der Frage der Reparationslieferungen ebenso wie in der der Eisenbahnregie. Der größte Teil der Aktien dieses Konzerns wurde angeblich vor kurzem an holländisches Kapital ausgeliefert.

Die deutsche Öffentlichkeit wird sich mit den wirtschaftlichen Reformplänen der Ruhrindustriellen auseinanderzusetzen haben. Um über den Nutspekt der Arbeit, nicht minder wie über das Kapital der deutschen Wirtschaft ein klares Bild zu gewinnen, ist wieder eine schleunigste Währungsreform notwendig, die uns die Binde der Milliardenzahlen von den Augen reißt und uns allen offenbart, was leider noch viel zu wenigen bekannt ist: daß wir ein armes Volk geworden sind, das nur noch ein einziges Gut hat, nämlich die Kraft seiner Köpfe und seiner Arme. Und nur, wenn man dann die unerlässlich notwendigen Schlussfolgerungen daraus zieht, ist ein Aufstieg wieder möglich.

Das Phönix-Abkommen.

Aus Paris berichtet die amtliche Agentur Havas, zwischen der Interalliierten Kontrollkommission und den Gesellschaften Phönix und Reinfahlwerke sei ein Abkommen getroffen worden. Hiernach nehmen diese beiden Konzerne die Kohlenlieferungen auf Grund des Programms der Reparationskommission wieder auf. Sie zahlen die Kohlensteuer und die rückständige Kohlensteuer seit der Besetzung. Als Gegenleistung werden die beschlagnahmten Metallwaren freigegeben, und es wird den Fabriken auf Grund der erlangten Ausfuhrerlösen gestattet, die Ausfuhr ihrer Produkte auf der Grundlage der Exporte von 1922 aufzunehmen.

Die französischen Blätter erwarten, daß andere Industrielle so schnell als möglich dem Beispiel der Phönixwerke folgen und General Degoutte Vorschläge zur Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen und Zahlung der Kohlensteuer unterbreiten werden.

Vereinbarung mit Betriebsräten.

Nach einer weiteren Havasmeldung aus Düsseldorf haben die Betriebsräte des Bergwerks Fiedern in Raue, das von der französisch-belgischen Ingenieurkommission ausgebeutet wird, an die französisch-belgischen Direktoren die Frage gerichtet, unter welcher Voraussetzung sie auf ihre Arbeitsstätte zurückkehren dürfen. Den Betriebsräten wurde zur Antwort gegeben: 1. Die Betriebsräte bewahren ihr Aufsichtrecht. 2. Die ausgemessenen Arbeiter dürfen nach dem befestigten Gebiet zurückkehren. 3. Das Betriebsrätegesetz bleibt in den Bergwerken in Kraft. 4. Den Arbeitern werden ihre Wohnungen zurückgegeben. 5. Die Arbeiter erhalten ferner den Wert ihrer während der Besetzung in den Bergwerken zurückgelassenen Kleidungsstücke vergütet. 6. Die Bergarbeiter bekommen die nötigen Haushaltskosten zur Deputatskoste zu. 7. Die Bergwerke werden nicht länger militärisch besetzt. Den Betriebsräten wurde weiter mitgeteilt, daß zwei andere Garantien, um die sie eingekommen waren, nicht zugesagt werden können. Es handelt sich hier 1. um die Aufhebung des gegen die Direktoren erlassenen Ausweisungsbefehls und 2. die Entlassung der auswärtigen Arbeiter. Hieran gaben die Arbeiter ihrer Absicht Ausdruck, die Arbeit unter diesen Bedingungen wieder aufzunehmen.

Berlin — Paris.

Was wird aus den eingeleiteten Schritten?

Von Brüssel aus wird bestätigt, daß die deutsche Regierung auch dort einen Schritt unternommen hat. In Brüssel hat man erklärt, daß die französische Stellungnahme abgewartet werden müsse. Der deutsche Geschäftsträger in Paris Dr. v. Hoesch hat dem französischen Ministerpräsidenten ein Memorandum überreicht, in dem die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet und der Wiederbeginn der Kohlenlieferungen angezeigt wird. Die Reichsregierung erklärt sich dazu bereit, an dieser wichtigsten Aufgabe der europäischen Wirtschaftspolitik mitzuarbeiten und schlägt die Einsetzung einer Kommission vor, in der französische, belgische und deutsche Sachverständige gemeinsam die Reorganisation bearbeiten und leiten sollen.

Poincaré will nur mit Privaten, nicht mit der Regierung verhandeln.

Noch vor der offiziellen Antwort Frankreichs auf dieses Angebot veröffentlicht die Pariser „Agence Havas“ gleichsam halbamtliche Erklärungen, die ziemlich deutlich die ablehnende Haltung Poincarés andeuten. Es heißt darin: Die deutschen Behörden wollen die Wiederaufnahme der Arbeit und der Kohlenlieferungen zum Vorwand nehmen, um neue Verhandlungen zu beginnen. Aber man hat allen Grund anzunehmen, daß ihre Hoffnung auch nach dieser Richtung enttäuscht wird, und daß Ministerpräsident Poincaré sich weigern wird, in dieser Hinsicht Befriedigung zu gewähren.

Die alliierten Regierungen wollen tatsächlich diese Frage nicht mit der deutschen Zentralregierung erörtern, d. h. mit den Behörden, die von Berlin aus bis jetzt den Widerstand gegen die Befestigung organisiert hatten, aber sie sind sehr geneigt, direkt mit den örtlichen Behörden oder mit den örtlichen Unternehmern oder Arbeitergruppen alle notwendigen Arrangements über die Wiederherstellung des normalen Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet zu treffen. Das Abkommen, das durch die alliierte Kontrollkommission mit

der Gruppe Otto Wolff abgeschlossen wurde, beweist hinlänglich, daß ein derartiges Verfahren rasch durchführbar und praktisch ist.

Die Einmischung der deutschen Regierung würde nur die Verhandlung über die Wiederaufnahme der Arbeit, die übrigens auf ausgezeichnetem Wege ist und in wenigen Tagen allgemein sein wird, verlängern. Die Zulassung der Berliner Delegierten zu den Verhandlungen ist also keineswegs wünschenswert noch nützlich. Dem Reichskanzler wird anheimgegeben, sich an die Reparationskommission zu wenden. Der Reparationskommission sei übrigens bereits heute der Text des Wolff-Abkommens übermittelt worden, damit sie prüfen kann, ob die Festsetzungen dieses Abkommens mit ihren eigenen Entscheidungen im Einklang stehen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Landesverratsbeschuldigungen von allen Seiten.

Nachdem in den letzten Tagen Verhandlungen von Industrieführern mit französischen Stellen bekannt geworden waren, wurde alsbald die Beschuldigung des Hochverrats gegen die Beteiligten erhoben, weil sie diese Schritte ohne Vorwissen der Regierung unternommen hätten. Jetzt erscheint umgekehrt in einer Berliner Korrespondenz die Anlage des Landesverrats gegen diejenigen Zeitungen, die aus dem nach den Verhandlungen an die Regierung erstatteten Bericht über die Düsseldorf-Besprechungen Mitteilungen gemacht haben, da die Zeitungen nur aus unberufenen Händen gekommen sein könnten. Allseitiges Bestreben, die schreckliche Lage des deutschen Volkes zu bessern, wäre wahrscheinlich besser als gegenseitiges Geschrei von Landesverrat.

Die Pressezensur ist aufgehoben.

Reichswehrminister Dr. Geßler hat an die Wehrkreisebefehlshaber folgenden Befehl erlassen: Die Verordnung vom 1. Oktober über Verbreitung von Nachrichten wird aufgehoben. Gegen Zeitungen und Nachrichtenbüros usw., die durch Verbreitung ungeprüfter Gerüchte die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden, ist auf Grund des § 7 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September einzuschreiten.

Bayerische Maßnahmen gegen Wucher und Schiebertum.

Der Generalstaatskommissar v. Kahr griff nunmehr in die Mißstände der Milchversorgung Bayerns ein. Er hat umfassende Anordnungen erlassen, die u. a. den Landwirten jede über den dringenden Eigenbedarf hinausgehende Verarbeitung und Verfüllung der Milch verbieten, die Wegnahme von Buttermaschinen vorsehen und säumige Landwirte mit erheblichen Abgaben belegen. Der Versand von Milchzeugnissen innerhalb Bayerns und außerhalb Bayerns wird von der Genehmigung der Landesstellen abhängig gemacht. Zurzeit beschäftigt sich das Generalkommissariat mit anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die sich vor allem gegen den Wucher und das Schiebertum richten.

Hitlers Rücktritt.

Da auf der Tagung der Reichsflagge in Nürnberg diese Gruppe des Hitlerischen Kampfbundes sich endgültig hinter die Politik Hitlers gestellt hat, hat Adolf Hitler die Führung des Kampfbundes, die er erst vor kurzem übernommen hat, niedergelegt.

Deutscher Reichstag.

Vertrauensvotum u. Ermächtigungsgesetz

(307. Sitzung.)

CB. Berlin, 9. Oktober.

Genau 12 Stunden hat die Montagssitzung des Reichstages gedauert, die 11 Uhr Dienstag früh mit der Annahme des Vertrauensvotums für das neue Kabinett Stresemann zu Ende ging. Nach endloser Debatte kam man nach Mitternacht endlich zur Abstimmung. Ein kommunistischer Antrag auf namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum wurde nicht genügend unterstützt und in einfacher Abstimmung wurde darauf das Vertrauensvotum mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen. Dagegen stimmt mit den Deutschnationalen und Kommunisten auch die Bayerische Volkspartei.

Der deutschnationale Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes wird abgelehnt. Der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung des bayerischen Ausnahmezustandes wird dem Reichsausschuß überwiesen. Abgelehnt werden die kommunistischen Anträge wegen der Vorenzsur, wegen der bayerischen Streikverordnung und wegen des Verbots kommunistischer Zeitungen. Der Antrag Müller-Franken (Soz.), der eine baldige Klärung der Frage der bayerischen Ausnahmeverordnung fordert, wird angenommen.

In der Dienstagssitzung wurde an erster Stelle das Ermächtigungsgesetz in Verbindung mit einem demokratischen Antrage behandelt, welcher Gesetze zum Ausbau der Beamtenschaft, zur Reorganisation der Justiz und Reichsverwaltung, zur Vereinfachung der Ministerialverwaltung und des Geschäftsganges des Parlaments verlangt. Hierzu beantragte der deutschnationale Abg. Helfferich die Überweisung des Ermächtigungsgesetzes an einen Ausschuß.

Abg. Schiffer (Dem.) stimmte dem Ermächtigungsgesetz zu. Er erklärte sich gegen die von Helfferich gewünschte Ausschußberatung, denn diese Angelegenheit dürfe nicht verzögert werden.

Abg. Fröhlich (Komm.) behauptete, das Ermächtigungsgesetz bedeute die Aufhebung des Parlamentarismus, den Tod der Demokratie und den Beginn der Diktatur. Die Sozialdemokraten haben die Arbeiter zur Rettung der Demokratie opfert, und jetzt sei der völlige Bankrott dieser Demokratie da.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärte sich mit vielen Einzelanforderungen des demokratischen Antrages einverstanden. Einige Punkte aber gingen nach seiner Ansicht über den Rahmen des

Ausland und deutsche Währungsbank.

Amerikanische Beteiligung.

Die in letzter Zeit mehrfach hervorgehobenen Pläne, die zu gründende deutsche Währungsbank auch mit ausländischem Kapital zu füllen, nimmt jetzt durch eine Mitteilung des völksparteilichen Berliner Organs „Zeit“ bestimmtere Gestalt an. Das Blatt schreibt:

In der letzten Zeit sind verschiedene Berichte über Verhandlungen mit amerikanischen Regierungsstellen und auch Finanzkreisen über eine Beteiligung an der Deutschen Währungsbank in der Presse erschienen. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß das offizielle Amerika nach wie vor aus keiner Reserve nicht heraustreten wird. Tatsache ist dagegen, daß amerikanische Bankgruppen Interesse für die deutsche Währungsbank gezeigt haben, und daß große Aussicht besteht, die Verhandlungen über eine Beteiligung dieser Gruppen zu einem befriedigenden Abschluß zu führen.

Ebenso schweben Verhandlungen mit anderen ausländischen Finanzkreisen, die zum Ziele haben, große Warenkredite, ähnlich dem seinerzeit mit Holland abgeschlossenen, zu erreichen. Auch hierbei besteht große Aussicht auf Erfolg.

Das Ringen um die Arbeitszeit.

Vorläufige Erhaltung des bisherigen Zustandes.

Auf den Forderungen des Ruhrbergbaus ist durch Anschlag folgende Bekanntmachung erfolgt:

Der rheinisch-westfälische Bergbau hat durch seine Bekanntmachung den Versuch gemacht, eine soforlige Verlängerung der Arbeitszeit wieder einzuführen, weil er dieses nach seinem pflichtmäßigen Ermessen für das einzige Mittel hält, um noch größere Not in der Bevölkerung zu verhindern. Die Regierung und die Gewerkschaften haben gegen die Durchführung dieses Beschlusses Stellung genommen und sind in Verhandlungen darüber eingetreten. Wir müssen für die Folgen, die durch diese Verzögerung sich ergeben, die Verantwortung ablehnen und lassen vorläufig die bisherige Arbeitszeit bestehen.

Die Belegschaften der sämtlichen Zechen des Ruhrgebietes waren der Parole ihrer Verbände gefolgt und hatten die bisherige Pflanzzeit eingehalten. Auf den verschiedenen Zechen fanden überall Belegschaftsversammlungen statt, die sich mit der Arbeitsfrage befaßten. Erfreulicherweise bemühten sich die Verantwortlichen, die parteipolitischen Tendenzen auszuschalten und die Frage der Mehrarbeit lediglich unter sozialen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Es wurde eine Entscheidung gefaßt, in der an dem Abstimmentage festgehalten und die ausgesetzene Mehrarbeit verworfen wird. Einzelne Zechen traten dafür ein, daß gegebenenfalls die Frage einer zeitweiligen Arbeitszeitverlängerung erwogen werden könnte, doch würde dann die Mehrarbeit als überflüssig angerechnet und die Entlohnung in Lebensmitteln erfolgen müssen. Die Zurücknahme der Verordnung der Zechenleitungen hatte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in einem Telegramm gefordert.

Verhaftung der Direktoren gefordert.

Die Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter haben beim Reichsanwalt den Antrag gestellt, die Zechendirektoren im Ruhrgebiet zu verhaften, da sie einen schweren Verstoß gegen die Reichsverfassung und gegen andere gesetzliche Bestimmungen unternommen hätten.

In den nächsten Tagen sollen Verhandlungen bei dem Reichsarbeitsminister stattfinden, um endgültige Klarheit nach der Richtung hin zu schaffen, wie die Arbeitszeit im Bergbau gestaltet werden soll.

Die gefährdete Zentralarbeitsgemeinschaft.

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellter und Beamtenverbände faßt einstimmig den Beschluß, an den Vorstand des Ringes das dringende Ersuchen zu richten, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszuscheiden. Maßgebend für diesen Beschluß war die Erwägung, daß die Schwerindustrie durch ihre in der letzten Zeit getroffenen Maßnahmen, die gegen die Lebensinteressen der gesamten Nation verstoßen, sich willkürlich und einseitig über Gesetz und Vertrag hinweggesetzt habe. Damit seien die Voraussetzungen für ein ersprießliches Zusammenarbeiten in der Zentralarbeitsgemeinschaft zerstört. Der Vorstand des Gewerkschaftsrings wird angesichts der Tragweite dieses Entschlusses alsbald den großen Ausschuss des Ringes zur endgültigen Beschlußfassung einberufen.

Kurzarbeit in der Essener Eisenindustrie?

Nach Mitteilung aus gewerkschaftlichen Kreisen hat die Nordwestgruppe der Eisenindustrie, zu der auch die rheinisch-westfälische Grubenindustrie gehört, beschlossen, vorläufig die Arbeitszeit auf den den Gruben angeschlossenen Betrieben von wöchentlich 48 Stunden auf 30 Stunden herabzusetzen. Auch die Lohnzahlungen sollen in entsprechendem Maße vermindert werden. Auf den Kruppischen Werken, der Dortmunder Union und dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch sind bereits dementsprechende Bekanntmachungen an die Arbeiter ergangen.

Doppelte Marktbewertung im Auslande.

Berlin zwei, Basel eine Milliarde für den Dollar.

Zu welchen garabazu grotesken Zuständen unsere verworrenen, von manchen Seiten anscheinend ebenso beharrlich wie erfolgreich und absichtlich zerstörten Währungsverhältnisse geführt haben, zeigt eine Meldung aus Basel. Diese Mitteilung ist vom 9. Oktober datiert und bringt den Bericht über die Devisenkurse an der Baseler Börse. Da stellt sich eine überraschende Tatsache heraus.

In Berlin wurde der Dollar am 9. Oktober mit zwei Milliarden Papiermark freibörslich notiert. Zu der gleichen Zeit zahlte man in Basel für eine Milliarde Papiermark 5,25 Franken. Für wenig mehr, für 5,58 Franken, war wieder ein Dollar zu haben. Also galt der Dollar dort fast die Hälfte von seiner Bewertung in Berlin gegenüber der Mark.

Bei dieser Sachlage lassen sich demnach leicht äußerlich günstige Geschäfte zwischen Berlin und Basel abwickeln. Arbitrage nennt man das. Die Telegraphenkosten kommen sicher dabei heraus.

In Basel der Dollar eine Milliarde, in Berlin im selben Augenblick zwei — wo liegen die schönsten Antriebe für diese Ungleichheit und wann wird dem mißhandelnden deutschen Lande ein Retter kommen, der mit eiserner Faust die Schuldigen beim Genick faßt?

Lokales und Provinzielles.

Halver, 12. Oktober 1923.

Wirtschaftsbarometer am 10. Oktober 1923.

Reichsbankdiskont	90 %
Goldankaufspreis	640 Dollar pro Mg.
Silberankaufspreis	55 000 000 fcm
Eisenbahnschlüsselzahl für Personen	60 000 000
Güter	72 000 000

Fernbrief (20 Gramm)	5 000 000
Druckbrief (20 Gramm)	2 000 000
Großhandelsindex (Stichtag 2. 10.)	84 500 000
Lebenshaltungsindex (Stichtag 1. 10.)	40 400 000
Krätzeindex (ab 7. Oktober)	80 000 000
Buchdruckerindex (ab 10. 10.)	7 500 000
Schlüsselzahl für Zeitungsangelegenheiten (6. 10. bis 12. 10.)	100 000
Hotelindex (ab 10. 10.)	80 000 000
Buchhändlerindex (ab 11. 10.)	200 000 000
Goldzollaufschlag (ab 13. 10. bis 16. 10.)	24 299 999 900 %
(1 Goldzollmark = 243 000 000 Papiermark)	
Landabgabe (13. 10. bis 16. 10.)	243 000 000

□ **Milderung der Paß- und Gepäckrevision.** In einem Erlass des Reichsfinanzministers werden die Grenzollämter angewiesen, die kollantische Abfertigung der Reisenden der Züge im stehenden Zuge vorzunehmen, wo es die Zahl der verfügbaren Beamten irgendwie zuläßt. Sollte die Abfertigung im einzelnen Falle wegen Überfüllung des Zuges undurchführbar erscheinen, so bleibt es der Zollstelle unbenommen, die Paß- und Gepäckrevision außerhalb des Zuges in den Abfertigungsräumen des Bahnhofes vorzunehmen.

□ **Die Einreise in das französisch besetzte Gebiet.** Während die Einreise in das englisch besetzte Gebiet (Brüdenkopf Köln) von einem gebührenfreien Geleitschein abhängig gemacht wird (Verkehrsamt Köln, Domhof 23), beträgt die Gebühr für die Ausfertigung der Einreisegenehmigung in das französisch besetzte Gebiet jetzt fünf Goldmark.

□ **Postgebühren im Auslandsverkehr.** Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Paß-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 11. Oktober an auf 280 Millionen Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kisten mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

— **Das nasse Wetter** ist der reistlichen Haferernte sehr abträglich. Es wäre zu wünschen, daß bald noch eine Woche trockener Tage käme, sonst erreicht die Entwertung der Frucht das Stadium, wo die Verwendung als menschliche Nahrung ausfällt. — So schön das Heu in diesem Jahre hereingekommen ist, so schlecht steht es in unseren Bergen um das Grummet, das im flachen Lande längst, zumeist auch trocken hereingebracht werden konnte. Bei uns wird es vielfach nur noch als Streu Verwendung finden können.

— **Abrechnung auf Millionen.** Die Landesbank in Münster i. W. rundet seit 1. Oktober ds. Js. alle Beträge auf volle Millionen ab.

— **Halver, 11. Okt.** In vergangener Nacht tobte hier ein orkanartiger Sturm, der an Dächern, Häusern und Telefonleitungen erheblichen Schaden anrichtete.

— **Halver, 11. Okt.** Es dürfte wohl im allgemeinen bekannt sein, daß unsere Männergesangsvereine insbesondere, um ihre zukünftige Existenz einen schweren Kampf führen. Wie nie zuvor, bedarf es wohl in der gegenwärtigen Zeit, um die Erhaltung unserer schönen deutschen Lieder sicher zu stellen, als deren Träger unsere Männergesangsvereine anzupreisen sind, diesen eine besondere Unterstützung angedeihen zu lassen. Mit Freude und Genugtuung können wir berichten, daß uns der Fabrikant Herr Benno Sippel Halver, in dieser Hinsicht, dank seines hohen Vermögens ein gutes Beispiel zeigt. Herr Sippel hat das Protektorat über den M. G. V. „Arion“ Halver übernommen und sich somit einer hohen Aufgabe gewidmet. Wir wünschen dem Verein, der nun wohl etwas leichter aufatmen kann, in Gemeinschaft mit seinem neuen Protektor ein ferneres Wachsen, Blühen und Gedeihen.

— **Schwelm, 10. Okt.** Entdeckter Riefendiebstahl. Schon wieder kam die hiesige Kriminalpolizei auf die Spur großer Diebstähle. Ein Obermeister und sein Sohn sowie zwei weitere Meister einer Barmer Textilmaschinenfabrik haben in den letzten zwei Jahren soviel Maschinenteile und Werkzeuge bei ihrer Firma gestohlen, daß sie schon im Begriffe waren, sich hier eine vollständige Fabrik einzurichten. Ein Kriminalbeamter überraschte sie gestern morgen, als sie mit dem Einbau der Maschinen beschäftigt waren. Es war unmöglich, einen Überblick über die gestohlenen Sachen zu nehmen, weshalb die Fabrik geschlossen wurde. Alle 4 Diebe wurden in Haft genommen und mit den Akten der Barmer Kriminalpolizei übergeben. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt schätzungsweise 100 Milliarden.

— **Dortmund, 10. Okt.** Von Düsseldorf ist die hiesige Befahungsbehörde angewiesen worden, vorläufig keine Eisenbahner mehr auszuweisen.

— **Wormen, 9. Okt.** Einen tragischen Tod fand ein in der Allee wohnender Mann. Seine Frau war verreist, und als er in der Nacht zum Samstag den Hauschlüssel vergessen hatte, hat er sich am Ausgang des Schwebebahnstahls Adlerbrücke zum Schlafen niedergesetzt. Dabei ist er mit dem Kopf zwischen die Stäbe des Gitters geraten, durch das nachts der Bahnstahlsausgang abgeschlossen wird. Er wurde darin eingeklemmt und ihm die Luft abgeschnitten, so daß er erstickt ist. Am anderen Morgen wurde er von einem Schwebebahnbeamten tot aufgefunden.

Sitzung der Gemeindevertretung Schalksmühle.

(!) **Schalksmühle, 11. Okt. 1923.**

Auf der Tagesordnung der am 9. ds. Mts. stattgefundenen Sitzung der Gemeindevertretung Schalksmühle standen 3. Punkte:

1. Der Konsumverein Schalksmühle hat beantragt, gemeindeseitig Kredite für die Lebensmittelbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Gemeindevorstand wird beauftragt, allen Lebensmittelgeschäften der Gemeinde auf Antrag hin Reichswarenkredit zu vermitteln. Die Vergütung der Höhe dieser Kredite setzt der Gemeindevorstand in Verbindung mit einem Mitglied des Sparfassenvorstandes, wozu für Schalksmühle Herr Epelsberg in betracht kommt, fest.

2. Die Wasserwerksdeputation hat am 21. 9. 1923. beschlossen, der Firma Angers & Söhne in Nordhausen die weitere Vertiefung des Brunnens in Rothhausen zu übertragen. Gemeindevertretung stimmt dem Beschluß zu.

zu und bewilligt die entstehenden Kosten. Gleichzeitig wird einer Erhöhung des Wassergeldes zugestimmt.

3. **Erwerbslosenfürsorge.** Die Lohnsicherung ist im Abbau begriffen. In gleichem Schritt tritt die Erwerbslosenfürsorge ein. Ueber die in den Übergangsbestimmungen herrschende Unklarheit soll die Entscheidung des Reichsarbeitsministers abgewartet werden. Zur Sicherung der Durchführung der in Angriff genommenen Notstandsarbeiten soll ein Abkommen mit den betr. Firmen durch Vermittlung des Fabrikantenvereins getroffen werden.

Turnen, Spiel und Sport.

6. Bezirks. Märk. Turngau.

Die dritte diesjährige Bezirksturnerturnstunde fand am Sonntag, den 7. d. Mts. beim Turnverein Meinerzhagen statt. Infolge des schlechten Wetters ließ die Beteiligung zu wünschen übrig, jedoch waren sämtliche Vereine vertreten, mit 40 Turnern, darunter 31 Vorturner. Um 2 Uhr eröffnete Turno. Meinerzhagen den turnerischen Teil mit Freübungen und Übungen am Reck und Pferd. Sämtliche Turner traten sodann zu Stabübungen an, denen ein Riegenturnen an Pferd und Barren folgte. Übungen hatten ausgearbeitet: Rummenohl am Pferd langgestellt und To. Grünbaum am Barren. Bezirks-turnwart Kleinschmidt zeigte dann noch Zusammenkneigungen und Sprünge am langgestellten Pferde. Kirtürnen an Reck, Barren und Pferd beendeten den turnerischen Teil. Die nachfolgende Sitzung wurde um 4 1/4 Uhr durch den Bezirksturnwart Kleinschmidt eröffnet und geleitet. Die Berichterstatter Otto Scharrenbroich-Lübendorf und Meisenhölzer-Brügge konnten sich nur lobend über den gebotenen Übungsstoff ausprechen. Die nächste Vorturnerstunde ist als eintägiger Lehrgang ausgestaltet und findet am 4. Dezember vormittags 9 Uhr beginnend in der Turnhalle in Halver statt. Nachmittags erfolgt dann eine Vesperektion im Vereinslokal Tashender. Lehrer Herminghaus, Stöckerschule hat hierzu einen Vortrag übernommen. Jeder Verein kann zu diesem Lehrgang 5 Vorturner bzw. Vorturnerinnen entsenden. Bezirksturnwart Kleinschmidt berichtet sodann über das diesjährige Bezirksturnfest und dankt dem Schalksmühler Turnverein sowie allen Mitarbeitern für die wohlgeleitete Durchführung des Festes. Der frühere Bezirks-turnwart Herm. Diergarten wurde in Anbetracht seiner erfolgreichen langjährigen Tätigkeit einstimmig zum Ehren-Berichtsturnwart ernannt. Bez.-Turnwart Kleinschmidt begrüßt den inzwischen erschienenen Vorsitzenden des Meinerzhagener Turnvereins Amtmann Bedder und dankt demselben für seine Teilnahme an der Tagung. Erinnert wird noch an den Gauvorturneritag in Hagen, welcher, wie im vorigen für alle Abteilungen gleichzeitig stattfindet. Näheres hierüber im Gaublatt vom 29. Sept. Am 21. Oktober nachm. 2 Uhr findet in Brügge die 3. Zusammenkunft der Frauen- und Mädchenabteilung des Bezirks statt. Mit einem kräftigen „Gut Heil“ auf die deutsche Turnjacht schloß Bez.-Tw. Kleinschmidt um 5 1/4 Uhr die Sitzung.

Sp. Froitzheim geschlagen. In Meran hat der Tenniskampf Froitzheim — v. Kehrling mit einer Niederlage des deutschen Altmeisters geendet. Er verlor mit 11:9, 8:6, 6:0 in einem Spiele, das ihn nicht einen Augenblick auf der Höhe seines Könnens sah. Die zweite Sensation des Tages war die schwere Niederlage, die die deutsche Meisterin Frau Friedleben gegen Frau Klein de Alvarez mit 6:1, 6:0 erlitt.

Börse und Handel.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze	9. 10.		8. 10.	
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.
Holland 1 Gulb.	1162087500	1167912000	473812500	476187500
Dänemark 1 Kr.	520695000	523305000	211470000	212530000
Schweden 1 Kr.	783037500	780962500	319200000	320800000
Norwegen 1 Kr.	458850000	461150000	189525000	190475000
Schweiz 1 Fr.	526875000	531325000	215490000	216540000
Amerika Doll. (*)	2067562500	2064375000	1197900000	1203000000
England 1 Pfd.	13466250000	13393750000	5483250000	5513750000
Frankreich 1 Fr.	181545000	182455000	72317500	73182500
Belgien 1 Fr.	154612500	155387500	63840000	64160000
Italien 1 Lira	134662500	135337500	54463500	54766500
Port.-Sch. 1 Kr.	41895	42105	17157	17243
Ungarn 1 Kr.	159800	160400	64837	65163
Japan 1 Yen	89775000	90225000	36109500	36290500

*) Nachbörslisch Dollar bis 4 Milliarden.

Eine Goldmark = 710 104 214 Papiermark, demnach 10 Millionen Papiermark = 1 1/10 Goldmark.

* **Produktenmarkt.** Berlin, 10. Oktober. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse pro 50 Kilogramm ab Station (in Millionen Mark): Roggen, märkischer 3600—3800. Steigend. Sommergerste 3800—4000. Steigend. Hafer, märkischer 3200—3300. Steigend. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 12 000—13 000, feinstes Marken über Notiz bezahlt. Steigend. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 11 000 bis 12 000. Steigend. Weizenmehl und Roggenmehl 1200—1300. Steigend. Rapssamen 2400—2500. Kartoffeln 250—450 (je 100 Kilogramm).

* **Ausfuhr.** Bericht der Kreisnotierungskommission für Ausfuhr (nichtamtlich). Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Millionen Mark): drabgebr. Roggen- und Weizenstroh 96—100, desgl. Haferstroh 70—80, desgl. Gerstenstroh 65—75, Roggenlangstroh 42—45, bispfadengebr. Roggen- und Weizenstroh 36 bis 40, Säckel 160—175, handelsüb. Heu 70—80, gutes Heu 90—100.

* **Neue Biersteuerfäße.** Mit Wirkung vom 15. Oktober werden die Maße der Bierfäße (statt bisher von 149,4 auf 182,2 Millionen) von 217,9 bis 265,8 Millionen Mark gestärkt. Für Einfuhr wird die Steuer von 182,2 auf 265,8 Millionen Mark erhöht.

* **Steigende Kohlenpreise.** Nach Mitteilung des Berliner Kohlenamts erhöhen sich die Bruttokohlenpreise ab 10. Oktober wie folgt: Bruttokohle ab Lager 497 910 000, frei Keller 519 910 000, Gasföhl ab Lager 1 277 400 000, frei Keller 1 302 900 000 Mark.

* **Abkündigung der Forderung von Markkonten in der Schweiz.** Die Zürcher Kantonalbank teilt in einem Zirkular mit, daß Überweisungen und Schecks im Einzelbetrage von unter 100 Millionen nicht mehr angenommen werden, und daß die Bank den Inhabern von Markkonten den Betrag zur Verfügung stellt, da sich die Forderung deutscher Konten nicht mehr lohne.

Berlin, 11. Okt. An der heutigen Börse notierte der Dollar 5 740 350 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Mehr als je zuvor

sollte jedermann beim Einkauf von Bekleidungsstücken darauf bedacht sein nur solche zu erstehen, die aus wirklich guten und tragfähigen Stoffen gearbeitet sind. Keinenfalls darf man sein Geld für sogenannte billige Ware anlegen, denn das Sprichwort: »Gute Ware ist die billigste« besteht auch heute noch zu Recht. — Meine Firma ist bekannt dafür, dass ich nur wirklich gute tragfähige Herren-, Burschen- und Knabenbekleidung führe, dass ich auf Ausstattung und Verarbeitung besonderen Wert lege und meine Preise sehr niedrig gestellt sind. Hierzu bin ich in der Lage, weil ich rechtzeitig grosszügige Dispositionen zu niedrigem Dollarstand getroffen habe.

Wiederverkäufer erhalten keine Ware.

Oscar Fromm

Barmen

(früher Reichshof)

Altermarkt 28

Verkauf nur I. Etage.

Weitere Geschäfte:

Dortmund, Oberhausen, Herten und Erkenschwick

Ernst Kurze
Margarete Kurze
geb. Eicker
Vermählte.

Halver, den 12. Oktober 1923.

Alle Familien-Nachrichten

die zur Kenntnis weitester Kreise kommen sollen, finden durch den

Allgemeinen Anzeiger

und

Schalksmühler General-Anzeiger

die denkbar beste Verbreitung.



Gerner & Co., Hagen
Eiberfelderstr. 80. Fernruf 3580 u. 4186.

Sämtliche
Drucksachen

für Industrie, Handel, Vereine und Private
in modernster Ausführung
:- liefert schnell und billig :-

Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Buch- und Kunstdruckerei.
Verlag des „Allgemeinen Anzeigers“ u. „Schalksmühler General-Anzeigers“.

Westf. Glasniederlage Hagen i. W.

Fernspr. 2643 Inh.: **Heinr. Theis jr.** Wehringhauserstr. 44

Größtes Unternehmen dieser Art am Platze.

Billigste Bezugsquelle für Wirte - Vereine.

Spezialität: **Wirtschaftsartikel.** 866

Braves
Mädchen

für alle Hausarbeiten
für sofort nach Lüdenscheid gesucht.

Meldungen bei
Frau E. Bingen,
Halver,
„Haus zur Fuhr“.

Tausch!

Gebr. gut erh. Herd
1.50x0.83 Mtr. gegen
Lebensmittel, Schwein
etc.

W. Röhle, Hagen,
Arndtstraße.

Unterwegs und in den
nächsten Tagen hier ein-
treffend

**1 Waggon schwefels.
Ammoniak**
und **1 Waggon
Rauit.**

Bestellungen erbitte um-
gehend

Carl Zimmermann,
Dhl-Rönsahl.

**Wir in meinem
Bettfedernlager**



**Bettfedern
Inlette**

Fertige Betten

werd. kostenlos im Bel-
ein des Käufers gefüllt.

Ernst Windmüller,

Bettfedern-Großhandl.

Bismarckstr. 24

am Wilhelmplatz

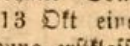
Telefon 3694

Strassenbahnhaltestelle

Linie 8

Geschäftszeit von 8 Uhr

morg. bis 7 Uhr abends



Erhalte Sonnabend,
den 13. Okt. eine große
Sendung erstklassiger

la. oldenb. Ferkel
u. **Läuferschweine.**

Wilh. Fajbender,
Meinerzhagen.
Telefon 85.

Die Zuschläge zur Grundmiete werden in
Abänderung der Bekanntmachung vom 28. Sep-
tember 1923 mit Wirkung vom 1. Oktober 1923
für die Gemeinden Halver und Schalksmühle wie
folgt festgesetzt:

I. für Wohnräume:

- a) 100% für Zinssteigerung.
- b) 16 130 000% für Verwaltungskosten.
- c) 18 140 000% für laufende Instandsetzungskosten.

II. für gewerbliche Räume:

- a) 100% für Zinssteigerung.
- b) 20 160 000% für Verwaltungskosten.
- c) 22 680 000% für laufende Instandsetzungskosten.

Im übrigen bleiben die 3 St. geltenden
Anordnungen über Mieterrecht im Amte Halver
in Kraft.

Halver/Schalksmühle, den 10. Oktober 1923.
Die Gemeinde-Vorstände.

In unser Handelsregister ist bei der unter
Nr. 129 Abteilung A eingetragenen Firma
Hesmer & Quabek zu **Kierspe-Bahnhof**
am 6. Oktober 1923 folgendes eingetragen worden:
„Die Firma ist erloschen.“

Meinerzhagen, den 6. Oktober 1923.

Preuß. Amtsgericht.

Zu Goldmarkpreisen

liefert sofort und vorteilhaft: 1355

Leder

in Hälften, Croupon und Ausschnitt,
Gummiabsätze, Sohlen u. Sohlenplatten
„Continental“ u. „Mittelland“
Sohlennägel, Tackse und sämtl. Stifte,
Stoß- und Absatzseilen Marke „Braja“,
Hämmer, Zangen, Raspen, Dreifüße,
Arbeitsständer, sowie alle anderen
Werkzeuge, Schuheremen und Appre-
turen in allen Farben, Garne, Zwirne,
Glaspapier, Oesen und Agraffen.

Turnschuhe

mit Gummi- und Chromledersohle
:- in allen Größen und Farben. :-

Spezialität:
fertige Kernlederabsätze.

Theod. Becker,

Spezialgeschäft und Versandhaus

für alle Schuhmacher Bedarfsartikel,

Kierspe-Bahnhof i. W.

Hauptstr. Nr. 229.

Telefon: Amt Meinerzhagen Nr. 72.

Automobil-

Lackierungen

Polsterungen, Karosserie,
Reparaturen und
Umänderungen,
Verdecke - Kotflügel - etc.

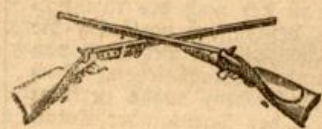
W. Röhle, Hagen

Rehstraße 27 Telefon 406 (Herres).

Goldene u. silberne Medaillen.

Größte helle Werkst. f. ca. 30Wagen.

Feinste Referenzen der ersten Herrschaften.



Gute erstklassige

Jagdgewehre

stets am Lager, [1129]

Fernrohrmontagen

als Spezialität in langjähriger Erfahrung

Reparaturen, Umänderungen

aller Art zuverlässig und sachgemäß,

Jagdartikel, Munition.

Größtes Spezial-Geschäft des
Berg-, Oberberg- und
Sauerlandes.

E. Kirchhoff,

Büchsenmachermeister,
Dieringhausen (unbes. Rheinl.)

Telefon Amt Gummersbach-613.

Gemeinde Halver.
Gemeindeabgaben
für 1923.

Der Gemeindevorstand
hat beschlossen, entspre-
chend der vom Staats-
ministerium festgesetzten
Verhältnisszahl, an Ge-
meinde-Abgaben aus-
schließlich der Hundesteuer
zu erheben:

a) für das I. Viertel-

jahr das 1 1/2 fache,

b) für das II. Viertel-

jahr das 3/4 fache der

auf den in den nächsten

Tagen zur Zustellung

kommenden Steuerzetteln

vermerkt. Vierteljahrs-

beträge.

Die für die Erhöhung

der Hundesteuer maßge-

bende Verhältnisszahl wird

demnächst besonders be-

kannt gemacht.

Die darnach fälligen

Steuerbeträge für die

beiden ersten Quartale

sind — entgegen dem

auf den Steuerzetteln

vermerkten Termine

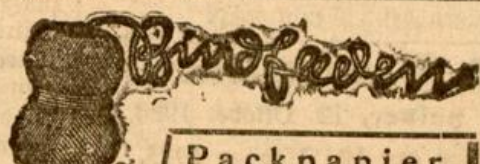
— bei Vermeidung der

zwangsweisen Beitrei-

bung und eines Zu-

schlages von 400%
für jeden den Termin
überschreitenden ange-
fangenen halben Monat
bis zum 29. ds. Mts.
zu zahlen.

Halver, den 4. Okt. 23.
Der Amtmann.



Packpapier

liefert zu ausserst kalkultierten Preisen
August Liese, Papier- u. Packmaterialien-Großhandl.
HAGEN i. W. Kontor: Körnerstraße 12.
Fernruf: Nr. 3948. 704